
Verfahrensbrief

Öffentliche Ausschreibung

02_26 - Schotterstraße

Datum: 27.07.2026

Inhaltsverzeichnis	Seite
A. Vorstellung der Auftraggeberin	3
B. Auftragsgegenstand	3
C. Vorstellung des Bieters	4
D. Vergabestelle	4
E. E-Vergabe	4
F. Verfahrensart	4
G. Zeitplan	5
H. Ortsbegehung	5
I. Eignung	6
J. Bieterfragen	6
K. Einreichung der Angebote, Angebotsfrist	6
L. Bindefrist	7
M. Prüfung und Wertung der Angebote	7
N. Geheimhaltung	7
O. Sonstiges	7

A. Vorstellung der Auftraggeberin

Die Deutsche Energy Terminal GmbH (nachfolgend „**Auftraggeberin**“ oder „**DET**“) schreibt die Erstellung einer temporären Zuwegung aus Bestandsmaterial (Schotterstraße) aus.

Die Bundesrepublik Deutschland hält 100 % der Anteile an der DET. Die Auftraggeberin ist hauptverantwortliche Betreiberin von Flüssiggasterminals, sogenannte „Floating Storage and Regasification Units“ (FSRU). Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz betreibt die DET die ersten deutschen Terminals, über die das LNG vom Schiff in das Gasnetz eingespeist wird.

Die DET bietet die Regasifizierungskapazitäten für LNG-Lieferanten an und erhält Nutzungsentgelte für die erbrachte Infrastrukturdienstleistung.

Die Bieter werden aufgefordert, diesen Verfahrensbrief sowie sämtliche weiteren Vergabeunterlagen sorgfältig zu sichten und auf Vollständigkeit, Lesbarkeit sowie Korrektheit zu prüfen. Treten etwaige Widersprüche innerhalb der Vergabeunterlagen auf oder sind diese Unterlagen nicht vollständig, wird um unverzügliche Mitteilung über die Vergabeplattform gebeten.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern in dieser Unterlage und deren Anhängen die männliche Form verwendet. Diese gilt im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter.

B. Auftragsgegenstand

Die Auftraggeberin schreibt im Wege einer Öffentlichen Ausschreibung die Erstellung einer temporären Zuwegung aus Bestandsmaterial (Schotterstraße) aus.

Die DET lädt qualifizierte Tiefbauunternehmen ein, ein Angebot für die Herstellung einer 1,25 km langen temporären Schotterstraße zur Erschließung einer Trafoanlage abzugeben.

Gegenstand der Leistung ist die fachgerechte Ausführung der Schotterstraße einschließlich Untergrundvorbereitung, Profilierung sowie Einbau und Verdichtung des bauseits zur Verfügung gestellten Materials. Das Material stammt aus einer temporären Lagerfläche, welche nach Abschluss der Maßnahme vollständig zurückzubauen und ordnungsgemäß wiederherzustellen ist.

Die Schotterstraße ist so herzustellen, dass eine sichere und dauerhafte Befahrbarkeit für Bau-, Montage- und Wartungsfahrzeuge, während der vorgesehenen Nutzungsdauer, gewährleistet ist.

Weitere Einzelheiten sind der Leistungsbeschreibung (**Anlage 02**) und den Anlagen zu entnehmen.

C. Vorstellung des Bieters

Der Bieter hat mit seinem Angebot mittels einer eigenen Anlage eine Vorstellung des Unternehmens einzureichen, in welcher er Ausführungen unter anderem zu den folgenden Punkten macht:

- (1) Organisationschart und Ansprechpartner,
- (2) Standorte des Bieters / der Mitglieder der Bietergemeinschaft inkl. Angabe der jeweiligen Anzahl an Mitarbeitern und Beschreibung der grundsätzlichen Kompetenzen,

D. Vergabestelle

Als Vergabestelle für die Auftraggeberin ist zuständig:

PricewaterhouseCoopers Legal AG Rechtsanwaltsgesellschaft
Kapelle-Ufer 4, 10117 Berlin
E-Mail: de_vergaberecht_info@pwc.com

Die Kommunikation zu diesem Vergabeverfahren erfolgt **ausschließlich** über die unter Buchstabe E genannte Vergabeplattform.

E. E-Vergabe

Nach dem geltenden Vergaberecht ist die elektronische Bereitstellung der Vergabeunterlagen auf einer Internetplattform erforderlich. Ferner ist sicherzustellen, dass Angebote in elektronischer Form durch die Bieter eingereicht werden können. Für die Durchführung der e-Vergabe nutzt die Auftraggeberin im Rahmen des hiesigen Vergabeverfahrens den folgenden Anbieter:

DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH (<https://www.dtv.de/>)

Die Bieter haben die Möglichkeit, sich kostenfrei auf der Seite des DTVP zu registrieren und somit ohne weitere Kosten ein Angebot abzugeben.

Bei weiteren Fragen zur Nutzung von DTVP wenden Sie sich bitte an das Service- und Support-Team der Vergabeplattform unter folgendem Link: <https://support.cosinex.de/unternehmen/>.

F. Verfahrensart

Die Ausschreibung wird als Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 Nr. 1 ff. VOB/A Abschnitt 1 durchgeführt.

G. Zeitplan

Zeitraum	Vorgang
17.08.2026	Rückfragen zu den Vergabeunterlagen
ca. KW 33	Ortsbegehung
21.08.2026, 12:00 Uhr	Ablauf der Angebotsfrist
Unmittelbar nach Zuschlagserteilung	Vertragsbeginn
Ende Oktober 2026	Fertigstellung der Bauarbeiten
21.09.2026	Bindefrist

Die DET behält sich vor, in sachlich gerechtfertigten Fällen von dem o. g. Zeitplan abzuweichen. Die Bieter werden über zeitliche Veränderungen in Kenntnis gesetzt.

Die Bieter sind gehalten, sich regelmäßig zu informieren, ob Änderungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden. Bei der Entscheidung über Änderungen wird die Auftraggeberin die allgemeinen vergaberechtlichen Grundsätze des Wettbewerbs, der Gleichbehandlung und der Transparenz beachten.

Die Vergabestelle ist berechtigt, das Vergabeverfahren – z.B., wenn absehbar ist, dass kein wirtschaftliches Ergebnis erzielt werden kann – aufzuheben. In diesem Fall werden die Bieter unverzüglich über die Aufhebung und die Gründe hierfür sowie die etwaige Absicht, ein neues Vergabeverfahren durchzuführen, informiert.

H. Ortsbegehung

Zur ordnungsgemäßen Einschätzung des Leistungsumfangs sind die Bieter vor Abgabe eines Angebots dazu angehalten, eine Ortsbegehung durchzuführen.

Bieter, die an einer Ortsbegehung teilnehmen möchten, haben sich ausschließlich über DTVP bei der Auftraggeberin zu melden und dort Terminvorschläge zu unterbreiten.

Die Auftraggeberin wird anschließend einen geeigneten Termin bestätigen oder alternative Terminvorschläge unterbreiten.

Die im Zusammenhang mit der Ortsbegehung entstehenden Kosten, Aufwendungen oder sonstigen Ausgaben werden nicht erstattet. Ein Anspruch hierauf besteht nicht.

I. Eignung

Die Auftraggeberin fordert folgende Nachweise für die Eignung (s. auch **Anlage 01**):

- Zum Nachweis der Eintragung in das Handelsregister/Berufsregister legt der Bieter einen Auszug aus dem Handelsregister/Berufsregister (nicht älter als sechs Monate zum Zeitpunkt der Einreichung des Angebots) oder eine Kopie desselben bei.
- Der Umsatz des Bieters betrug in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren – soweit er Bauleistungen und andere mit der zu vergebenden Leistung vergleichbare Leistungen betrifft, einschließlich anteiliger Umsätze aus gemeinsam mit anderen Unternehmen erbrachten Leistungen – in jedem der letzten drei Geschäftsjahre mindestens 400.000 EUR.
- Nachweis über eine gültige Betriebshaftpflichtversicherung (Bauunternehmerhaftpflicht), die mindestens folgende Deckungssummen umfasst: 5 Mio. EUR für Personen- und Sachschäden sowie 2,5 Mio. EUR für Vermögensschäden je Schadensfall. Die Versicherung wird den marktüblichen Bedingungen entsprechen und – soweit branchenüblich – zweifach maximiert für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres sein.

J. Vertrag

Die Bieter werden zudem aufgefordert, einen Vertragsentwurf/AGB mittels eigener Anlagen einzureichen.

K. Bieterfragen

Bestehen aus Sicht des Bieters hinsichtlich des Auftragsgegenstandes, der Vergabeunterlagen und/oder des Vergabeverfahrens Fragen oder Bedenken, so sind diese ausschließlich in deutscher Sprache in Textform gem. § 126b BGB über die Vergabepattform DTVP an die Vergabestelle heranzutragen.

Die Bieterfragen werden gesammelt und dann anonymisiert im Rahmen eines Fragen-Antworten-Katalogs beantwortet und über das Vergabeportal DTVP veröffentlicht. Die den Bietern übermittelten anonymisierten Fragen und Antworten werden verbindlicher Teil der Vergabeunterlagen und sind damit zwingend bei der Erstellung der Angebote zu berücksichtigen. Sofern die Fragestellung des Bieters Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse beinhaltet, sind diese entsprechend zu kennzeichnen.

L. Einreichung der Angebote, Angebotsfrist

Angebote sind in deutscher Sprache in Textform gem. § 126b BGB ausschließlich elektronisch über das Vergabeportal DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH (<https://www.dtv.de/>) bis zum

21.08.2026, 12:00 Uhr

einzureichen. Eine anderweitige Abgabe der Angebote (z.B. schriftlich, per Fax oder E-Mail) ist nicht zulässig.

Für den Fall, dass nicht alle Unterlagen dem Angebot beigelegt werden, kann der Bieter aus formellen Gründen vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen werden. Die Vergabestelle behält sich vor, fehlende Unterlagen nachzufordern und Angebote vom Verfahren auszuschließen, für welche die Bieter auf einmalige Nachforderung keine oder nur unvollständige Unterlagen nachgereicht haben.

Die durch die Erstellung des Angebots entstehenden Kosten und Aufwendungen der Bieter werden durch die Auftraggeberin nicht erstattet.

M. Bindefrist

Für das Angebot gilt eine Bindefrist bis zum 21.09.2026.

N. Prüfung und Wertung der Angebote

Die Angebote werden geprüft und gewertet. Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt (§16d VOB/A Abschnitt 1). Das wirtschaftlichste Angebot bestimmt sich allein anhand des niedrigsten Gesamtpreises (**100%-Preiswertung**).

O. Geheimhaltung

Alle Unterlagen, die dem Bieter im Zusammenhang mit dem Verfahren überlassen werden, dürfen ohne Zustimmung der Vergabestelle nicht für andere Zwecke verwendet werden. Der Bieter hat sämtliche Bestandteile seines Angebotes, die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse beinhalten, als solche zu kennzeichnen.

P. Sonstiges

Es ist das von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellten Angebotsformblatt zu verwenden. Änderungen an den Vordrucken sind nicht zulässig.

Eine Erstattung von Kosten/Aufwendungen für die Erstellung des Angebotes sowie die Teilnahme am Vergabeverfahren findet nicht statt.

Die Auftraggeberin erhält – unter Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Auftragnehmers – sämtliche Rechte an den eingereichten Unterlagen (Eigentumsrecht an den Unterlagen). Der Auftragnehmer stimmt mit der Abgabe seines Angebots diesem Rechtsübergang zu.

Die Verfahrens- und Geschäftssprache ist deutsch. Demgemäß sind das Angebot sowie sämtliche geforderten Nachweise in deutscher Sprache abzugeben, ggf. in Form von Übersetzungen.

– Ende des Verfahrensbriefes–